

Stellungnahme zum Antrag

Selbstverständnis „Demokratie“ - eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7196

Anhörung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung am 18. April 2024

Prof. Dr. Susanne Pickel und Prof. Dr. Andreas Blätte, Universität Duisburg-Essen

susanne.pickel@uni-due.de; andreas.blaette@uni-due.de

Zur Ausgangslage

In Reaktion auf die im Antrag geschilderte Ausgangslage, erlauben wir uns, diese mit Daten des für Nordrhein-Westfalen passgenauen Demokratieberichtes Nordrhein-Westfalen zu ergänzen. Der **Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen** des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft, vertreten durch Frau Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert, und der Landeszentrale für Politische Bildung wurde am 28.11.2023 veröffentlicht. Die o.g. Sachverständigen wirkten am Bericht als wissenschaftliche Begleitung mit.

Der Bericht bestätigt die im Antrag der Fraktion der SPD geschilderte Ausgangslage zur Akzeptanz nicht-demokratischer politischer Elemente innerhalb des demokratischen politischen Systems sowie die Verbreitung nicht-demokratischer politischer Einstellungen für Nordrhein-Westfalen anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung:

1) Im repräsentativen Bevölkerungsdurchschnitt für Nordrhein-Westfalen bestätigen zwar jeweils mehr als 90% der Befragten ein verfassungsrechtlich und lebensweltlich liberales Demokratiekonzept im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes (S. 43-48)¹, jedoch glauben auch,

- 79%, dass die Durchsetzung nationaler Interessen das grundsätzliche Ziel der Politik sein solle,
- 39%, dass man die Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung einschränken können sollte,
- 26%, eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert (S. 70), und
- 33%, dass es eine starke Führungsperson im Land geben solle, die sich nicht um die Zustimmung des Parlamentes kümmern muss,

zu einer Demokratie gehöre. Gerade die zuletzt genannten Aussagen werden als nicht- oder antidemokratisch gelesen und drücken ein zumindest mit autoritären oder antidemokratischen Vorstellungen angereichertes Demokratieverständnis aus. Hinzu kommt: Menschen

¹ Die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf den Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen 2023.

mit **formal niedrigerer Bildung** sehen eine Gewaltenteilung in der Demokratie als weniger wichtig an, sie sprechen sich überdurchschnittlich häufig für o.g. Aspekte als Bestandteil einer Demokratie aus.

- 2) Setzt man die demokratischen und anti-demokratischen Vorstellungen zueinander ins Verhältnis, dann zeigt sich, dass auch in Nordrhein-Westfalen **anti-demokratische Vorstellungen** Eingang in die Demokratie finden, die zunächst hinter der breiten Unterstützung der Demokratie als „bestem politischem System für unsere Gesellschaft“ verschwinden (S. 69-78):

Für 66% der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sind alternativen zur Demokratie nicht vorstellbar („Demokraten“), aber 28% können sich einen starken Führer oder unter Umständen eine Diktatur oder ein Einparteiensystem in Ergänzung zur Demokratie vorstellen („fragile Demokraten“), 5% stimmen allen letztgenannten Systemformen zu, lehnen eine Demokratie aber ab („Anti-Demokraten“). Zwar können wir damit keine Aussagen über die Entwicklungen auf dem Gebiet demokratiegefährdender Einstellungen vornehmen, gleichwohl wird auch in Nordrhein-Westfalen ein Anteil der Bevölkerung erkennbar, der antidemokratische Einstellungen aufweist und potentiell den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen könnte.

Die **Gründe** für diese Einstellungen sind vielfältig:

- Die Bedeutung und das Ausmaß sowie die Folgen nicht demokratischer Systemelemente in einer Demokratie sind den Befragten **nicht bewusst**.
- Die Bürgerinnen und Bürger sind der politischen Auseinandersetzung überdrüssig und **von der Polykrise überfordert**.
- Sie **fühlen** sich anderen Mitgliedern der Gesellschaft gegenüber **benachteiligt** (relative Deprivation). Sie halten die Gesellschaft für gespalten und sich selbst für die Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung. Anti-Demokraten fühlen sich besonders oft benachteiligt: Sie sind mit ihrem eigenen Leben unzufrieden und suchen die Schuldigen in den Geflüchteten, Wohlhabenden, den politischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern. Sie denken, in einer Autokratie bekämen sie das, was ihnen zusteht, als Dank für ihre Treue zum nicht-demokratischen Regime.
- Die Bürgerinnen und Bürger glauben an **Verschwörungsmythen** und halten ihre Erzählungen für wahr. Verschwörungsmythen vereinfachen die komplexe Wirklichkeit und schaffen ein gemeinsames Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Gleichzeitig schaffen sie ein „Wir“-Gefühl und vermitteln subjektive Anerkennung innerhalb der „Wir“-Gruppe.
- Insgesamt spielen **Wahrnehmungen und subjektive Gefühle** eine gewichtige Rolle in den beobachtbaren antidemokratischen Einstellungen, die schwer durch objektive Gegebenheiten begegnet werden kann. Besonders Verschwörungsgläubigkeit ist daher Gift für die Demokratie, bildet eine Brückenideologie zu weiterer Entfremdung durch Rassismus (inklusive Antisemitismus) und Radikalisierung bis zum Extremismus und der damit verbundenen Abwendung von der Demokratie.

3) Auch bei diesen Einstellungen spielt die **formale Bildung** eine wichtige Rolle:

- (Ältere) Menschen mit niedriger formaler Bildung finden sich häufiger unter den Anti-Demokraten. Junge Menschen mit formal hoher Bildung unterstützen hingegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in wesentlich höherem Maße.
- Innerhalb der Befragten mit Hauptschulabschluss finden sich 55% Demokraten, 36% fragile Demokraten und 10% Antidemokraten, bei einem mittleren Schulabschluss sind dies 59%, 35% und 6% und bei einem höheren Bildungsabschluss (Abitur oder Universität) sind es 79%, 19% und 1%.
- Demokratie sollte kein akademisches Projekt sein, sondern insbesondere Menschen ohne Abitur ansprechen und zur Partizipation animieren.

Empfehlung aus dem Demokratiebericht (S. 79):

„Politische Bildung – zuallererst schulische politische Bildung – trägt maßgeblich zur politischen Sozialisation der nachfolgenden Generationen bei und erreicht viele Menschen, solange sie noch nicht Verschwörungsmymen glauben. Die Fähigkeiten zum Faktencheck, zur Diskussion und Argumentation, zur Anwendung demokratischer Normen, Werte, Verfahren und Institutionen werden schon im Kindesalter gebildet. Die praxisorientierte politische Bildung ist daher zu intensivieren. Politische Bildungslandschaften können diese Ansätze unterstützen.“

Bezug zur (schulischen) politischen Bildung

1. Junge Menschen zwischen 14 und 18 (25) Jahren in der Demokratie

Das Potenzial, junge Menschen grundsätzlich für die Demokratie zu begeistern, ist hoch: Nahezu alle jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren sind davon überzeugt, dass die Demokratie als politisches System am besten zu unserer Gesellschaft passt. 94 % der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren sind mit der Demokratie als politischem System zufrieden. Auch ist die große Mehrheit mit der Demokratie als dem politischen System zufrieden, wie es im Grundgesetz verankert ist, und mit der Demokratie, wie sie tatsächlich ist. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie fällt dabei wie bei der Gesamtheit der Befragten etwas niedriger aus. Mit Blick auf die Alternativen zur Demokratie zeigt sich, dass die 14- bis 18-Jährigen diesen mit noch mehr Skepsis begegnen als die über 30-Jährigen Befragten. Junge Menschen glauben auch seltener an Verschwörungsmymen oder teilen populistische Einstellungen.

2. Schulischer Erwerb von Demokratiekompetenz:

Grundsätzlich besteht ein *deutlicher Zusammenhang zwischen formalen Bildungsabschlüssen und dem Interesse an und der Bereitschaft zur Teilhabe an Demokratie, Politik und Gesellschaft*. In Gymnasien findet der Politikunterricht mehr Raum als in den anderen Schulformen. Diese Unterschiede zwischen den Schulformen spiegeln sich in der Folge in den demokratierelevanten Kompetenzen wider.

- Insgesamt geben 80% der 14-25Jährigen an, sie hätten in der Schule viel über Demokratie und wie sie funktioniert gelernt (Wissen), 77% wünschten sich mehr politische

Themen im Unterricht (Praxis). Letzteres wünschten sich v.a. Personen, die kein Abitur anstrebten (81% vs. 76% angehende Abiturienten). Zum Diskutieren fühlten sich im Unterricht 61% animiert, 56% gaben jedoch an, politische und gesellschaftliche Themen seien im Unterricht selten behandelt worden. 79% fühlen sich auf eigene politische Urteilsbildung vorbereitet und 84% glauben, ihre eigene politische Meinung auch vertreten zu können, aber nur 58% sagen, sie hätten gelernt, sich selbständig über Politik zu informieren.

- Mehr als zwei Drittel derjenigen, die das Abitur anstreben oder bereits erreicht haben, fühlen sich knapp zwei Drittel darauf vorbereitet, sich in politische Gespräche oder Aktivitäten einzubringen. Von den jungen Menschen, die einen niedrigeren Abschluss anstreben oder haben, stimmt dem nur etwa die Hälfte zu.

Eine **gute politische Grundbildung** ist von zentraler Bedeutung für die Stabilität der Demokratie, denn sie ist wesentlich für die Ausbildung und Einübung von Fähigkeiten zur Partizipation an Demokratie, Politik und Gesellschaft. Der Wunsch der großen Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, in der Schule mehr über Politik zu lernen, unterstützt eine Intensivierung der schulischen politischen Bildung. Da sich die Hälfte der 14- bis 18-Jährigen über soziale Medien, insbesondere Instagram, YouTube und Tiktok zu politischen Themen informiert, gehören dazu Medienkompetenz und Unterstützung bei der Informationsbeschaffung zur Vermittlung der politischen Teilhabemöglichkeiten sowie kommunikativer Handlungsfähigkeit und praxisbezogener Handlungskompetenz.

Die Wahrnehmung politischer Selbstwirksamkeit steht sowohl mit dem Bildungsgrad als auch mit dem politischen Interesse in Zusammenhang. Deutlich wird, dass eine **schwach ausgeprägte (politische) Bildung sichtbare Konsequenzen für die politische Teilhabe von Menschen mit einem mittleren und niedrigen Bildungsabschluss hat**. Ein zentraler Befund des Demokratieberichtes ist, dass v. a. in den nicht weiterführenden Schulen zu wenig politische Bildung im Sinne von kompetenzorientierter Demokratiebildung stattfindet. Der Unterricht trägt kaum zur Entwicklung politischer Selbstwirksamkeit der Schülerinnen und Schüler bei. Vielmehr bedarf es einer demokratischen Bildung auf Augenhöhe und des Verweises auf die Bedeutung politischer Fragen. Diese Bedeutung gilt es für das eigene Leben der Schüler und Schülerinnen erfahrbar zu machen. Damit kann ein eigenes Interesse an diesen Fragen geweckt werden, das für politische Selbstwirksamkeit ebenso förderlich ist (S. 118).

Junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren haben ein breites Interesse an Angeboten politischer Bildung. Bei dem Interesse an Formaten politischer Bildung zeigt sich, dass neuere Formate hoch im Kurs stehen. Podcasts, Filme und Videos sowie digitale interaktive Angebote wie Apps kommen bei der Mehrheit gut an. Dies erfordert nicht nur eine Anpassung in der politischen Bildung, sondern möglicherweise auch in der schulischen und universitären Bildung.

3. Fazit

Eine zeitgerechte Demokratiebildung ist angesichts zunehmender Unsicherheiten und erodierenden Wissens über das, was Demokratie ist, mit Nachdruck empfehlenswert. Die 14- bis 18-Jährigen sind eine zentrale Zielgruppe politischer Bildung. Mit ihrem großen Interesse an Politik, verbunden mit dem Wunsch, sich in die für sie relevanten Themen einzubringen und dadurch etwas bewirken zu können, sind die jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren eine Chance für unsere Gesellschaft. Sie glauben an die Demokratie, an das, was sie ausmacht und wollen auch an politischer Bildung zu demokratiebezogenen Themen teilnehmen. Sie sind, was die Demokratie braucht: Unterstützerinnen und Unterstützer, die für sie werben und sie auch im Alltag durch Beteiligung leben und erfahrbar machen. Dies auch nach der Volljährigkeit aufrecht zu erhalten bedarf demokratischer Beteiligung und politischer Bildung.

Politische Bildung kann Jugendliche und junge Erwachsene über die Informationswege und Formate erreichen, die sie auch im alltäglichen Leben nutzen. Vor allem sind das heute digitale Formate, die auf Instagram, Youtube und Tiktok funktionieren. Politische Bildung muss ihre Angebote auch in diese digitalen Räume verlegen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass digitale Medienkompetenzbildung ein zentrales Bildungsfeld in der politischen Bildung wie schulischen Bildung sein muss. Da sich Kinder und Jugendliche weitgehend online über Politik und Demokratie informieren, ist es wichtig, dass sie dies nicht einseitig tun und Quellen dabei auch kritisch hinterfragen können. Politische Bildung muss Formate entwickeln, die sich an beliebten Inhalten und Formaten orientieren und Medienkompetenz spielerisch Interesse weckend aufbereiten, ohne als belehrende Instanz aufzutreten.

4. Empfehlungen

1) Informieren: Politisches Interesse und Einstellungen zur Demokratie.

Formate aufsuchender politischer Bildung

(z.B. Demokratiewerkstätten, außerschulische Lernorte, Kinder- und Jugendparlamente)

Förderlich sind insbesondere eine zielgruppenorientierte, niedrighschwellige Ansprache zu aktuellen Themen (Jugendliche, Menschen mit Migrationsbiografie, Nichtakademikerinnen und -akademiker) und neue digitale Angebote mit politischen Bezügen (soziale Medien, Podcasts, Videos und Apps)

2) Mobilisieren: Wahlen und Gründe einer Nichtwahl.

Möglichkeiten ehrenamtlicher lokalpolitischer Betätigung

(z.B. Bürgerforen und -räte)

Zielführend sind die Vermittlung von Kenntnissen über das Land und die Landespolitik (Institutionen) sowie Orientierungsangebote im Vorfeld anstehender Wahlen (Wahl-O-Mat).

3) Kooperieren: Vernetzung der Angebote der politischen Bildung

Hierzu sind eine engere Kooperation der außerschulischen Bildung mit den Schulen hinsichtlich politischer Medienkompetenz und Demokratiebildung, eine Zusammenarbeit mit „unpolitischen“ Formaten und Akteuren (z.B. Sportvereinen, öffentlichen Veranstaltungen

wie Stadtfesten oder Festivals) sowie interaktive Angebote für Jugendliche, die diese mitgestalten können (z.B. Podcasts, Diskussionen, Wettbewerbe) förderlich.

4) Die o.g. Empfehlungen beinhalten

- eine Stärkung der politischen Kompetenz und der Beteiligungsfähigkeit,
- eine Stärkung der Medienkompetenz,
- eine Verstärkung der politischen Bildung an allen Schulformen im Rahmen der politischen Sozialisation sowie
- eine praxisorientierte Bildung.